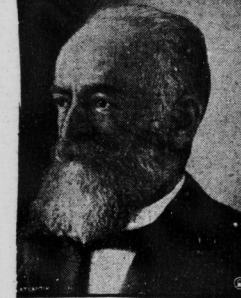


Halle, Freitag, den 12. Februar 1926.

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Der neue Nationalratspräsident der Schweiz, Emil Hofmann, der für das Jahr 1926 zum Nationalratspräsidenten der Schweiz gewählt wurde.

In dieser Woche sind im Reichsgebiet 1100 Betriebe neu zugelassen worden und 3100 haben weitere Feiertage einlegen müssen, darunter viele Kleinbetriebe.

Die Gefahr der Volksemergenz, die diese Weiterentwicklung zur Folge haben muß, hat nunmehr die Reichsregierung veranlaßt, die Frage der Notstände zur Behandlung weiterer Vorschläge und Betriebsbeschränkungen zur öffentlichen Erörterung im Kabinett zu bringen.

Am Mittwoch haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen mit den Beamtenorganisationen über eine eventuelle Änderung der Arbeitsordnung begonnen.

Unter dem Druck der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage haben die Provinzialorganisationsverbände des Landbaus in Brandenburg, Hannover und Sachsen beschließen, keine Provinziallandtage in diesem Jahre zu veranstalten.

Im Hauptausfluß des Preussischen Landtages wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums ein Gesetzentwurf angenommen, wonach von den tatsächlichen Ausgaben über die letzten zehn Prozent hinaus von den einzelnen Reichsrenten im Einkommensteuerverhältnis mit dem Finanzminister verfügt werden darf.

Am Reichstag ist eine Interpellation eingegangen, in der die Reichsregierung unter Hinweis auf die wirtschaftliche Bedrängnis der hitbenen Künstler und die Verfallerscheinungen des deutschen Kunstlebens gefragt wird, was sie zur Änderung der Not zu tun gedenkt, nachdem Preußen und Bayern ihre Hilfsbereitschaft bereits gezeigt haben.

Wie wir erfahren, haben die französischen wissenschaftlichen Organisationen bisher keine Aufhebung des Zulassungserlasses für die Vertreter der deutschen Wissenschaft zur Frage genehmigt. Soweit wir unterrichtet sind, werden infolgedessen auch keine Deutschen an den diesjährigen wissenschaftlichen Beratungen in Frankreich und Belgien teilnehmen. Der Weg von den letzten Worten in Sorbonne bis zu Italien ist noch sehr weit, selbst bei den französischen Gelehrten; und wieder mehr bei den Politikern und der Presse.

In Kalisch (Polen) toleten sich Erwerbslose vor dem Rathaus zusammen und verlangten die Verhinderung der Reichsloshaltung. Als der Bürgermeister diese Forderung ablehnte, drangen sie in das Rathaus ein, versetzten alles, was zu zerstören war, und verprügelten den Bürgermeister. Polizei verdrängte die Menge aus dem Rathausgebäude und es kam auf der Straße zu einer regelrechten Schlägerei. Die Demonstranten überrannten die Polizei und drangen abermals in das Rathaus ein. Zwei Bataillone Infanterie rückten schließlich die Ruhe wieder her. Unter dem Bürgermeister wurden neun Arbeiter, drei Polizisten und drei Soldaten verletzt. In der Stadt herrscht große Erregung.

Wie dem Pariser „Journal“ aus Brüssel gemeldet wird, ist bei der Lebenshaltung der 37 Jahren der ausfindigen belgischen Regimenter zu Anhebungen gekommen. Die Menge rief: „Es lebe die Arme“, „Nieder mit der Regierung“, „Nieder mit den Herrschern“.

Wie Zürich wird gemeldet: In Turin haben gestern die Faschisten erneut vor dem deutschen Konsulat demonstriert.

Ein großes Steuerermäßigungsprogramm.

Erst die Wirtschaft dann der Fiskus. — Die einzelnen Steuerermäßigungen. — Steuervereinfachungen. — Was wird unbedingt gebraucht?

Auf der Tagesordnung des Reichstages stand gestern die dritte Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1926. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold führte dazu aus: Allein die Lasten, das wir im Januar 2200 Kontenstellen, beweist im Verein mit der immer noch wachsenden Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeitern den furchtbaren Ernst der Wirtschaftskrise. Die Wirtschaft in allen ihren Teilen leidet unter dem Druck der Not. Für die Notlage der Wirtschaft hat ich heute vier Vorschläge:

Ueberlastung mit öffentlichen Ausgaben nicht unweilentlich beigetragen. (Vorb. Zustimmung.) Wir werden daraus die Lehre ziehen müssen, daß öffentlichen Ausgaben in eingeschränkter, daß die zu ihrer Deckung notwendigen Mitteln wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht geteilt werden können. (Beifall.) Es muß ein gerechter Ausgleich zwischen Steuerbefreiungen und Steuerertrag gefunden werden. Sämtliche in der öffentlichen Verwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden ist notwendig.

Das Mittel dazu darf aber nicht der schematische Beamtenhaushalt sein, ein Experiment, das unter keinen Umständen wiederholt werden darf. Nichtsahnend von Besonnen, sondern von Verwaltungsausgaben, nicht von Beamten, sondern von Steuern ist erforderlich. Diese Verwaltungsreform darf sich nicht auf das Reich beschränken, sondern muß auf Länder und Gemeinden ausgedehnt werden. (Beifall.)

In der öffentlichen und in der privaten Wirtschaft muß mit dem System gebrochen werden, die Kosten für unfünftige Ausgaben aus den laufenden Finanzen zu bestreiten. Den Ländern und Gemeinden muß eine größere finanzielle Selbstverwaltung anerkannt werden. Das Ziel muß sein: Durch Reform der Verwaltung und Begrenzung der Ausgaben und Ausgaben Anpaßung der gesamten öffentlichen Lasten Deutschlands, soweit mir allein darüber zu bestimmen haben, an die Steuerkraft unseres Volkes und unserer Wirtschaft. Von der praktischen Lösung dieser Frage hängt der Wiederaufbau und unser finanzielles Schicksal ab. Die Not unserer Wirtschaft und unserer Erwerbslosen erfordert sofortige Maßnahmen.

Berminderte Steuereinnahmen und erhöhte Erwerbslosenausgaben

Das ist jetzt bemerkbar. Zur Herabridung des Preisniveaus sollen daher Steuererleichterungen getroffen werden.

Die wichtigste Herabsetzung soll auf dem Gesichte der Umsatzsteuer stattfinden, die am 1. April d. J. auf 0,65 gesenkt werden soll. Neben dieser Senkung der allgemeinen Umsatzsteuer soll die Befreiung der ererbten Umsätze (Einkaufsteuer) treten. Dieses soll eine besondere Erleichterung bei wirtschaftlich notwendigen Betriebszusammenstellungen stattfinden, d. h. also, die Zulassungen soll auf ein angemessenes Maß herabgesetzt werden. Hierunter sind die Häften befreit werden, die durch die Säufung der Termine der Einkommens- und Vermögenssteuerzahlung im nächsten Etatsjahre aufzuweisen werden.

Die Stundungen reichen nicht aus, es soll daher eine gefällige Regelung erfolgen. Der einzelne Steuerpflichtige soll wieder auf Grund eines wirklich unabhängigen Steuerbefreiendes seine Steuerzahlung bestreiten.

Der fünfte Vorschlag betrifft die Vermögenssteuer. Die dritte Vermögensänderung hoher Vermögenszusammenstellungen für 1925 und 1926 soll befristet werden. Zu diesem Zwecke wird der Verzugsabgabetermin auf die Vermögenssteuer auf 15. Mai in Fortfall gebracht. Schließlich soll noch die Einkommensteuer geändert werden, da eine gut funktionierende Weise für die Kapitalienbildung von größter Bedeutung ist.

Der Minister erklärt, daß er mit diesen Steuererleichterungen bis zur äußeren Grenze gehen werde, was er als Finanzminister verantworten könne. Ein Defizit müsse unter allen Umständen vermieden werden. Es müßte aber auch mit einer überhöhten Geheimesmader auf steuerlichem Gebiete zunächst einmal Schluß gemacht werden. Bei der Erledigung des Finanzjahres würde auch an dem Finanzkommissioner der Reichstag nicht vorüber gehen werden können. Jede Ueberforderung der Grenzen äußerster Sparmaßstäbe auf Kosten der Realwirtschaft, besonders in den Gemeinden, müßte vermieden werden. Das eine Währungsreform notwendig sei, unter finanzielles Reformwerk wirtschaftspolitisch ein Torso. Der Minister kündigt eine

Bereinigung der Steueranzahlung und der Steuerzahlung

an. Ein großer Teil des Annullus im Volke riefte ich nicht so sehr gegen die Belastung wie gegen die Belastung, wie die häufigen Termine der Steuerpflichtigen. (Zustimmung.)

Auch die Lohnsteuer soll vereinfacht werden. Die Steuerermäßigungen werden für 1926 einen Einnahmeverlust von 550 Millionen bringen. Es muß daher eine Neugestaltung der Einnahmen seitens des Haushaltes erfolgen. Der Minderungsplan von 133 Millionen soll in Einklang gebracht werden. Bei der Reichsfinanzverwaltung sind die einzelnen Einnahmen zu vergleichen, so daß damit 80 Millionen gedeckt werden. Der Rest von 53 Millionen soll dadurch gedeckt werden, daß außerordentliche Ausgaben an die Reichsfinanzverwaltung und andere Betriebsmittel als Einnahmen eingestellt werden. Unbedingte Voraussetzungen der Steuererleichterungen ist aber, daß der Haushaltsplan keine höheren Ausgaben als die vorgelegten aufweist.

Der Minister richtet an den Reichstag die dringende Bitte, die Pläne der Regierung durch Beschleunigung nicht zu durchkreuzen. Erhöhungsbefähigung des Ausflusses sollten wie in England nur im Einverständnis mit der Regierung gemacht werden.

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber 1913 beträgt 2270 Mill. oder 28 Proz. Dieser Mehrbedarf erfordert ein Mittel, das die unmittelbaren Ausgaben infolge des Krieges und der Belastung, die allein 49 Proz. der Gesamtausgaben für sich beanspruchen. Der Minister weist die Notwendigkeit dieser Ausgaben nach, so daß man bei der Beschneidung der Konsumverpflichtiger Steigerung der Ausgaben nicht machen könne. Trotzdem ist unsere Notlage so, daß weitere Einschränkungen unbedingt notwendig sind. Bei den Reparationsausgaben ist für dieses Jahr mit einer Aufschlagung von 250 Millionen zu rechnen. Auf das Etatsjahr 1926 entfallen davon sieben Zwölftel gleich 145,8 Mill., die allerdings erst in vier Monatsraten vom 1. November 1927 bis 1. Februar 1928 fällig werden.

Die diese Ausgaben für ein Volk, das nicht nur die inneren Lasten des verlorenen Krieges tragen muß, sondern auch durch die Fortnahme seines im Ausland angelegten Vermögens und der anderen infolge des Friedensvertrages notwendigen Soldaten- und Kapitalien unendlich schwer liegt, beharf keiner Bemessigung. Auch in der Weltöffentlichkeit besteht darüber nicht der geringste Zweifel, ebenso steht für alle Sommerländer fest, daß die Kapitalienleistungen durch den Betrag von Reichsrente die Wirtschaft außerordentlich verdrängt habe. Auf Grund der Schädigung sind insgesamt 900 Millionen auszuwerden worden. Weitere Ausgaben auf diesem Gebiete gestattet die Finanzlage nicht.

Von den fortzubehaltenen Ausgaben beanspruchen die Bewege der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches 870 Millionen gleich 18 Proz., die Verpflegungsgeldern einschließlich der Militärenten für Kriegesbeschädigte 1,5 Milliarden gleich 42 Proz.

Trotz aller Not müßte der Staat für kulturelle Maßnahmen eine offene Hand haben, wie auch in Preußens größter Not vor mehr als 100 Jahren der Reichstag in diesem Sinne gebildet wurde. Die Mitglieder aller Parlamente müßten sich in der Sparsamkeit zusammenschließen. „Ich weiß“, so schließt der Minister, „daß ich kein Minister des Glücks, sondern ein Minister der Not bin, aber gerade in der Not haben sich die Deutschen der deutschen Volkstakt immer besonders lebendig erwiesen.“

Hoffen wir, daß den ausgezeichneten Worten und Plänen auch die Taten folgen und daß der Reichstag mit seiner Ausgabenbewilligung nicht nur die Regierung unterstützen, sondern auch Dr. Reinhold Demokrat ist, mag er jetzt bewirken, daß man mit unserm heiligen Parlamentarismus richtig arbeiten kann.

Beilegung der Eisenbahnerkonflikte?

Die Eisenbahnerbewegung hat zu einem Sieg der Organisation über die wilde Streikerei der Zahl der Betriebsstellen geführt. Der Demonstrationstrieb ist vorläufig vermindert worden. Die Entscheidung des Gerichtes über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsprüdes soll abgemacht werden. Auch die geistigen Verhältnisse versammeln in Grobberlin sprechen sich unter Wahrung der bisherigen Streikfreiheit für ein Abkommen aus. Anzeichen beginnt auch zwischen Reichsfinanzverwaltung und Betriebsministerium eine Annäherung, um einen offenen Mißbrauch zu vermeiden. Seitern konferierte der Generaldirektor Felix lange Zeit mit dem Reichsfinanzminister, der ebenfalls in den letzten Tagen an angefangenen neuen Beamten- und Arbeiterverbänden sich heute nicht ausgeprochen worden.

Die Eisenbahnerkonflikte haben den zulässigen Grenzen der Lage gegen die Reichsbahn zugeführt, die etwa 30 Druckseiten hat. (Zustimmung.)

Mussolinis Antwort.

Mäßigung unter dem Druck der Alliierten.

Als Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Reichstag seine Antwort auf die Rede Mussolinis gab, konnte man aus der Anwesenheit des englischen Botschafters schließen, daß zwischen Dr. Stresemann und dem Botschafter vorher eine Verständigung stattgefunden hatte, die es Dr. Stresemann ermöglichte, in teilweise so scharfer Weise zu antworten und gegen italienische Drohungen so bestimmt auf den Botschafter zu verweisen. Zufällig meldet denn auch die Londoner „Times“ aus Rom:

Am Dienstagmorgen haben die alliierten Vertreter bei Mussolini vorgeschoben. Eine offizielle Aktion der alliierten Kabinette hat damit in Rom eingeleitet. Jedenfalls erachten die Alliierten den Augenblick des Eintritts Deutschlands in den Botschafter als Veranlassung, Bestimmungen zwischen zwei Botschaftern auszusprechen.

Aus dieser immerhin recht ungewöhnlichen Tatsache einer gemeinsamen Aktion der alliierten Kabinette — es dürfte dies nur England und Frankreich gewesen sein, erklärt sich auch, daß Mussolini in seiner geistigen Antwort auf Stresemanns Rede einen ganz öffentlichen, wenn auch sehr geschickt vermittelten Rückzug angetreten hat. England und Frankreich brauchen Deutschland Frieden in Europa und sind deshalb hier ausnahmsweise einmal zu Deutschlands Gunsten eingetreten. Und Italien konnte es nicht wagen, gegen England und Frankreich zugleich — deren jedoch geschlossene neue Verständigung hier die ersten europäischen Früchte zeitigt — ins Feld zu ziehen.

Mussolini hat zwar Recht, Südtirol obliegt Italien, erneut hervortritt, indem er u. a. erklärt:

1. Die fremdbestimmte Bevölkerung im Ober-Elbs-Gebiet gehört nicht im mindesten zu denjenigen Minderheiten, die Gegenstand besonderer Abkommen in den Friedensverträgen waren.

2. Italien wird sich in seine Debatte über diesen Gegenstand einlassen, in seiner Verarmung und in seinem Rate. Daher ist die Entschließung des Zierter Landtages vollkommen hinlänglich.

3. Die italienische Regierung wird sich mit der größten Energie jedem derartigen Plan widersetzen, denn sie würde sich eines wahrhaften Verbrechens am Vaterlande für schuldig halten, wenn wegen hunderten Tausend Deutschen, die auf italienischen Boden herabfallen, irgendwelche Sühne und Frieden von 42 Millionen Italienern in Frage gestellt werden sollten, die schließlich den homogenen und geschlossenen nationalen Block bilden, den es in Europa gibt.

Auch sonst ist Mussolini bemüht gewesen, durch Eingehen auf zahlreiche unwichtige Einzelheiten die Möglichkeit zu einigen, seine Würde während triftigen Worten zu finden. Ingesamt ist aber die Rede unvertennbar ein Einlenken, ein Rückzug. Das wird besonders deutlich, als er von seiner Drohung, die italienische Fahne nordwärts über den Brenner zu tragen, sagt:

„Diese Anspielung kann Stresemann nach seinem Belieben auslegen, die Italiener legten sie in dem Sinne aus, daß Italien niemals die Verletzung der Friedensverträge dulden wird, die seine unblutigen und sehr hohen Preis eroberten Grenzen garantieren.“

Das ist von ganz außerordentlicher Bedeutung, denn es bedeutet den vor aller Welt ausgeprochenen vorläufigen Bericht auf Erberungspläne gegen Deutschland.

Auch sonst ist Mussolini in seiner Rede, wie schon in der ersten, offensichtlich bemüht, die Brüder der homogenen und geschlossenen Nationen. Und da Dr. Stresemann sowohl bei Mussolini erprobene Politiker der Innenpolitik sind und sich gegenseitig im Stillen von den harten Worten das abzelen werden, was aus innenpolitischen Gründen, mit Rücksicht auf das bedrückte Volkssympathien etwas (drosser formuliert werden mußte, als es außenpolitisch gemeint war, so kann man fast hoffen, daß die nun anfänglich recht beunruhigende, an die großen Reden der homerischen Helden erinnernde Aussprache in ihrer Wirklichkeit die Luft reinigt und den Weg zu engerer Verständigung ebnet. Denn gerade der Druck Englands und Frankreichs, der ihn jetzt zur Mäßigung gezwungen hat, wird Mussolini deutlicher als je zuvor er-

